

Ho-Chi-Minh in Bad Herrenalb – April 1968: Der Vietnamkrieg als Thema der Badischen Landessynode

Ulrich Bayer

Als die frühere EKD-Ratsvorsitzende und Landesbischöfin von Hannover, Margot Käßmann, in ihrer Neujahrspredigt am 1. Januar 2010 in der symbolträchtigen Dresdner Frauenkirche die ethische Legitimation des Afghanistan-Krieges anzweifelte, löste sie damit ein publizistisches Echo aus wie wohl selten ein Ratsvorsitzender in den zurückliegenden Jahrzehnten.¹ Dabei ist die Beschäftigung mit friedenspolitischen Fragen ein Kernthema evangelischer Theologie und Kirche. Bei besonders kontrovers diskutierten Fragen hat sich die EKD stets zu Wort gemeldet wie etwa mit der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte 1981 ebenso wie mit den breit angelegten Debatten zum gleichen Thema auf den Evangelischen Kirchentagen Hamburg 1981 und Hannover 1983. Auch zum Vietnamkrieg Ende der sechziger Jahre nahm die Evangelische Kirche Stellung, ebenso bedeutsam war ihre aktive Teilnahme an der Wiederaufrüstungsdebatte in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik.²

Die gesellschaftspolitischen Umbrüche der sechziger Jahre hatten auch im Raum der evangelischen Kirche Auswirkungen, diese Beobachtung wurde in letzter Zeit immer mehr zum Gegenstand zeithistorischer Untersuchungen.³ So wurde zum Beispiel auf der Frühjahrs-Tagung der Badischen Landessynode im beschaulichen Bad Herrenalb im April 1968 der Vietnamkonflikt zum Gegenstand heftiger Debatten.

Diese Tagung der 1965 gewählten Landessynode fand in einer politisch extrem aufgewühlten Zeit statt. Wenige Tage vor der Synode war am 4. April 1968 in Mem-

¹ Am 25. Januar 2010 veröffentlichten dann Bischöfin Käßmann, der rheinische Präses Schneider als stellvertretender Ratsvorsitzender, der evangelische Militärbischof und Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche, Dutzmann, und der Friedensbeauftragte der EKD und Schriftführer der Bremischen Kirche, Brahm, eine offizielle Stellungnahme der EKD zum Afghanistan-Konflikt: „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“. In ihr wurde einer Politik des „weiter so“ in Afghanistan eine klare Absage erteilt, eine eindeutige Verurteilung der militärischen Intervention in Afghanistan jedoch vermieden. Der Text stellt eine auf den konkreten Problemfall Afghanistan bezogene Fortschreibung der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 dar, die unter dem gleichen Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ erschienen ist. In dieser Denkschrift werden unter Punkt 102 *allgemeine Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt* formuliert, die Krieg als ultima ratio unter ganz bestimmten Voraussetzungen zulassen

² Vgl. hierzu Johanna Vogel, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949–1956* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B. Bd. 4), Göttingen 1978.

³ Vgl. Siegfried Hermle/Claudia Lepp/Harry Oelke (Hgg.), *Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B. Bd. 47), Göttingen 2007.

phis/Tennessee der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King ermordet worden, wochenlange Rassenunruhen mit vielen Toten in zahlreichen US-amerikanischen Großstädten waren die Folge. Am 11. April 1968 war in West-Berlin der Führer der damaligen „außerparlamentarischen Opposition“ (APO), Rudi Dutschke, durch ein Pistolenattentat lebensgefährlich verletzt worden. In vielen Universitätsstädten kam es daraufhin zu gewalttätigen Studentenprotesten, bei denen auch immer wieder Einrichtungen des Axel-Springer-Konzerns angegriffen wurden.⁴ Zwei Tage nach dem Ende der Synode – sie tagte vom 22. bis zum 26. April – fanden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt, bei denen die rechtsextreme NPD mit 9,8 Prozent in den Stuttgarter Landtag einzog, ein Vorgang, der weltweit für Aufsehen sorgte.

Das zentrale Thema des Jahres 1968 war jedoch von Anfang an die Entwicklung in Vietnam. Am 30. Januar 1968, dem vietnamesischen Neujahrsfest, war es dem Vietcong und mit ihm verbündeten regulären nordvietnamesischen Einheiten gelungen, in die südvietnamesische Hauptstadt Saigon einzudringen und dabei die US-Botschaft und das amerikanische Hauptquartier anzugreifen. Diese für beide Seiten sehr verlustreiche so genannte Tet-Offensive brachte eine Wende im öffentlichen Bewusstsein der USA: erstmals erklärten führende Kommentatoren im US-Fernsehen und in der Presse den Krieg für verloren, mindestens jedoch für nicht mehr gewinnbar. Als Konsequenz erklärte US-Präsident Lyndon B. Johnson am 31. März 1968 bei den Wahlen im Herbst 1968 nicht mehr zu kandidieren und damit auf eine zweite Amtszeit zu verzichten. Zur gleichen Zeit erklärten die US-Militärs die schweren Bombardements auf Städte des Nordens einstellen zu wollen – eine Entscheidung, die mit einigen Ausnahmen eingehalten wurde.⁵

Insgesamt sollte der zweite Vietnamkrieg (im Unterschied zum ersten Vietnam- oder Indochinakrieg 1946–54), der 1964 begonnen hatte, noch bis zum Jahr 1975 dauern und mit der militärischen Niederlage Südvietnams und der mit ihm verbündeten USA enden. Die Folgen waren zwei Millionen getötete vietnamesische Zivilisten und zirka eine Million gefallener vietnamesischer Soldaten, die USA verloren in dem Krieg rund 58.000 Mann. Hinzu kamen die fast vollständige Zerstörung der Infrastruktur Vietnams und die durch die US-amerikanische Kriegsführung bedingte langfristige Schädigung von Natur und Umwelt des Landes sowie schwerwiegende gesundheitliche Folgen für die vietnamesische Bevölkerung.⁶

Auf der Badischen Landessynode wurde der Vietnamkrieg gleich am ersten Sitzungstag, dem 22. April 1968, zum Thema durch einen Antrag der Evangelischen Akademikerschaft Baden. In diesem Antrag, den der Mannheimer Landgerichtsrat Helmut Just als Vorsitzender der Evangelischen Akademikerschaft Baden am 31.

⁴ Zu den Hintergründen vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland-Westeuropa-USA, München 2008.

⁵ Die Bombenangriffe auf den Norden wurden zum Beispiel auf dem Höhepunkt der Pariser Friedensverhandlungen Ende 1972 mit großer Härte wieder aufgenommen, als US-Bomber am Weihnachtsabend 1972 Hanoi angriffen und dabei die Kathedrale der nordvietnamesischen Hauptstadt zerstörten.

⁶ Zum Vietnamkrieg vgl. innerhalb der deutschsprachigen Literatur zum Beispiel Peter Scholl-Latour, Der Tod im Reisfeld. Dreißig Jahre Krieg in Indochina, Stuttgart 1980 – eine gerade aufgrund manch polemischer Äußerungen immer noch gut lesbare Darstellung aus der Sicht des politischen Journalisten und jahrzehntelangen Vietnam-Korrespondenten. Des Weiteren: Rolf Steininger, Der Vietnamkrieg, Frankfurt a.M. 2004 sowie Bernd Greiner, Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg 2007, erstmals mit der Auswertung der umfangreichen Sammlungen staatlicher Untersuchungen (die jahrzehntelang gesperrt waren) und öffentlicher Reaktionen.

Januar 1968 eingereicht hatte, wurde gefordert, die Landessynode möge ein *Wort zum Vietnamkrieg* verabschieden.⁷ Aus dem Antrag ging hervor, dass sich der Vorstand der Evangelischen Akademikerschaft Baden auf mehreren Sitzungen mit Stellungnahmen der katholischen und evangelischen Studentengemeinden sowie der Konferenz evangelischer Studentenpfarrer zum Krieg in Vietnam beschäftigt hatte. In dem der Synode vorgelegten Antrag heißt es unter anderem:

Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß das Schweigen unserer Kirchen je länger desto mehr die Verkündigung des Evangeliums unglaublich zu machen droht. Im Antrag wurde nun ausgeführt, dass sowohl der Weltkirchenrat in Genf bereits 1966 ebenso wie der britische Rat der Kirchen gegen den Vietnamkrieg protestiert hätten.

Wir meinen, es wäre an der Zeit, daß auch die Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland ihre Gemeinden nicht darüber im Unklaren lassen, daß sich der Krieg in Vietnam nicht außerhalb unserer Verantwortung abspielt. Wir dürfen nicht so tun, als könne es erlaubt sein, zur Eindämmung eines dem Westen weithin mißliebigen – aber gewiß nicht ohne sein Verschulden in revolutionären Formen sich durchsetzenden – gesellschaftlichen Wandels oder gar um irgendwelcher strategischer Positionen willen ein Land zu zerstören. Es ist Pflicht der Christen, dieses Unrecht beim Namen zu nennen, es bewußt zu machen und dabei in aller Deutlichkeit vor allem dagegen zu protestieren, daß man hierzulande durch falsche Parallelisierung mit Berlin den USA eine Friedenslösung in Vietnam erschwert. Gerade wir Deutschen sollten etwas darüber zu sagen haben, daß einfach gehorsames Mitmachen bei dem, was eine Regierung tut, nicht gerechtfertigt werden kann. Und gerade wir als Freunde der USA dürften ihnen die Warnung vor den Folgen dieses unmenschlichen Krieges nicht vorenthalten.

Die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme für die Kirchen in unserem Land ergibt sich u. E. zusätzlich daraus, daß unsere Jugend, vor allem unsere Studenten, zutiefst davon betroffen ist, daß ein demokratisches Staatswesen wie die USA, deren moralische Integrität sie gerade im Blick auf unsere eigene Vergangenheit fast selbstverständlich anerkannte, zu einem derartigen Vernichtungskrieg zur Eindämmung eines weltanschaulichen Gegners bereit ist und unsere Gesellschaft, einschließlich der Kirchen, dazu schweigt. Wir meinen, daß ein Teil der studentischen Unruhen hier seine berechtigte Ursache hat.

*Der Landesverband Baden der Evangelischen Akademikerschaft bittet daher die Synode, ein Wort an die Gemeinden zu richten, in dem auf unsere Mitverantwortung konkret hingewiesen wird. Ein solches Wort, wie es auch die Synode der Kirche im Rheinland im Januar verabschiedet hat, könnte einen Anstoß für den gesamten kirchlichen Bereich der Bundesrepublik geben.*⁸

⁷ Vgl. Verhandlungen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden. Ordentliche Tagung vom April 1968 (5. Tagung der 1965 gewählten Landessynode), Karlsruhe 1968, 18 (künftig zit.: Landessynode April 1968).

⁸ Ebd. Der Text der Rheinischen Synodalerklärung findet sich in den Verhandlungsprotokollen der Synode als Anlage 9, wo außerdem auch die Erklärung des ÖRK sowie Stellungnahmen der Westfälischen, der Hannoverschen, der Bayerischen, der Württembergischen und der Bremischen Kirche zum Vietnamkrieg abgedruckt sind. Die meisten dieser kirchlichen Verlautbarungen sind erst nach der Entstehung des Antrags (31. Januar 1968) verabschiedet worden und fanden deshalb im Wortlaut des Antrags keine Erwähnung.

Neben diesem Antrag gingen noch eine ganze Reihe von Briefen und Stellungnahmen bei der Landessynode ein. Einzelne Mitglieder der Evangelischen Arbeitnehmerschaft distanzieren sich von dem Antrag,⁹ der Vikar Christoph Bornhäuser legte in seinem Schreiben vom 30. März 1968 einen eigenen Entwurf für ein *Wort der Synode zum Vietnamkrieg* vor.¹⁰ Eine Gruppe von acht Mannheimer Theologinnen und Theologen beantragte ebenfalls ein *Wort der Synode zu den Ereignissen in Vietnam*. Gerhard Langguth, damals Industrie- und Männerpfarrer für Nord-Baden mit Sitz in Mannheim, hatte in seinem Namen den Antrag gestellt. Mitunterzeichner waren Manfred Dehnen, Theo Enderes, Hartmut Hollstein, Gerhard Langguth, Monica Marcello, Klaus Müller, Helmut Staudt, Paulus Stein und Erika Uhl.¹¹ In dem Schreiben wurde explizit auch auf die politische Verantwortung der Kirchen Bezug genommen: *Christlicher Glaube hat immer auch eine politische Dimension. Gerade da, wo unsere Gemeinden sich unpolitisch verstehen und verhalten, sind sie politisch wirksam, indem sie die jeweiligen Verhältnisse stillschweigend billigen.*¹² Außerdem zitierte der Text eine Stellungnahme Martin Luther Kings vom April 1967 *Über Vietnam hinaus* mit der Bitte um Verbreitung innerhalb der Badischen Landeskirche.¹³

Am dritten Sitzungstag der Landessynode, dem 25. April 1968, gab Pfarrer Oskar Herrmann für den Rechtsausschuss einen Bericht zu den Eingaben an die Synode zum Thema Vietnamkrieg.¹⁴ Dabei erwähnte er die an die Landessynode eingegangenen Stellungnahmen und Briefe ebenso wie eine Zusammenstellung kirchlicher Erklärungen zum Vietnam-Konflikt.¹⁵ Der Rechtsausschuss habe unter Beteiligung von Mitgliedern des Hauptausschusses einen Antrag an die Landessynode beschlossen. Herrmann erklärte den Synodalen in Bad Herrenalb: *Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß man auf eine eigene ausführliche Verlautbarung verzichten wolle, weil leicht die Gefahr entstände, daß eine zu große Fülle kirchlicher Stellungnahmen diese selbst entwerten. Allerdings dürfe das nicht heißen, daß man zu den Dingen schweige. Man solle vielmehr seine Verbundenheit mit all den Menschen erklären, die ein Ende der Gewalttätigkeit herbeisehnen und mit Gebet und Tat für dieses Ziel eintreten.*¹⁶

Herrmann führte weiter aus, dass neben einer Erklärung auch konkrete praktische Hilfe treten solle, deshalb habe der Rechtsausschuss vorgeschlagen, die Landessynode solle aus dem kirchlichen Haushalt eine Soforthilfe für Vietnam in Höhe von 100.000 DM zur Verfügung stellen. Außerdem sollten die Mitglieder der Landeskirche zu regelmäßigen Spenden für dieses Hilfsprogramm aufgefordert werden. Dafür solle beim Diakonischen Werk ein Sonderkonto „Hilfe für Opfer der Gewalt in der Welt“ eingerichtet werden. Auch die landeskirchliche Kollekte des Buß- und Bettages 1968 sollte diesem Zweck gewidmet werden. *Der öffentliche Charakter des Buß- und Bettages eigne sich besonders für eine solche Aufgabe im politischen Bereich.*¹⁷

⁹ Vgl. Landessynode April 1968, 19f.

¹⁰ Vgl. ebd., 20f.

¹¹ Vgl. ebd., 24.

¹² Ebd.

¹³ In einem Gespräch mit dem Verf. am 26.1.2010 schilderte Gerhard Langguth (geb. 1925) die politischen Rahmenbedingungen in Mannheim 1968 im Spannungsfeld zwischen Kirchen, Parteien und Gewerkschaften.

¹⁴ Oskar Herrmann (1920–2005), Pfarrer, zuletzt Prälat für Mittelbaden.

¹⁵ Vgl. Anm. 7

¹⁶ Landessynode April 1968, 72.

¹⁷ Ebd.

Schwerpunktmäßig sollten diese Gelder als Soforthilfe nach Vietnam gehen, es sollten aber in kleinerem Umfang auch andere Gebiete wie der Nahe Osten oder Nigeria, wo sich bereits der Konflikt um Biafra abzeichnete, bedacht werden.

Als Vorschläge, wie die Hilfe in Vietnam einzusetzen sei, wurde zum Beispiel die Unterstützung deutscher Krankenhäuser genannt, die schwerpunktmäßig kriegsverletzte Kinder aus Vietnam behandelten. Außerdem sollte überlegt werden, ob vier junge Erwachsene aus dem Bereich der Badischen Landeskirche nach Nord- (!) oder Südvietnam entsandt werden könnten, um dort für einen bestimmten Zeitraum ärztliche, pflegerische oder soziale Hilfeleistung zu geben. *Die Landeskirche müsse Verantwortung und Fürsorge für diese Menschen übernehmen.*¹⁸

Einige dieser Vorschläge seien geprüft worden und hätten sich, so Herrmann, als unrealistisch erwiesen. So sei generell eine Tätigkeit von Menschen aus der Bundesrepublik in Nordvietnam derzeit nicht möglich. In Nordvietnam werde jedoch zur Zeit gerade ein Krankenhaus errichtet, dessen Bau durch „Brot für die Welt“-Gelder aus den evangelischen Kirchen in der DDR unterstützt werde. Dieses Projekt wolle die Badische Landeskirche mit 10.000 DM unterstützen. Auch der Einsatz von Helfern in Südvietnam sei seit Beginn der „Tet-Offensive“ Anfang 1968 deutlich eingeschränkt und könne in nächster Zeit nicht wieder aufgenommen werden.

Für die Gottesdienste empfahl der Rechtsausschuss eine regelmäßige „Handreichung“ zu veröffentlichen mit konkreten Vorschlägen und Fürbitten zu Vietnam, um daraus eine Art „politischer Fürbitte“ entstehen zu lassen. Mit diesen Handreichungen sollten jeweils auch kurze politische Informationen für die Gemeinden versandt werden.

Ein Appell an Bundesregierung und Bundestag wurde als wenig sinnvoll angesehen. Schließlich verlas Herrmann den Antrag, den der Rechtsausschuss einstimmig beschlossen hatte: *Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden weiß sich allen Menschen verbunden, die ein Ende der Gewalttätigkeit auf dieser Erde herbeisehnen und mit Gebet und Tat für dieses Ziel eintreten. Statt einer Erklärung zum Vietnamkonflikt und im Sinne anderer bisher angegebener kirchlicher Erklärungen stellt sie einen ersten Betrag von 100.000 DM für die Opfer der Gewalt in der Welt zur Verfügung.*¹⁹ Der Antrag fuhr fort mit der Idee, dass die Mitglieder der Landeskirche regelmäßig für die Soforthilfe spenden sollten und dass das Diakonische Werk Möglichkeiten für die Entsendung badischer Helfer nach Vietnam erkunden solle. Das Protokoll vermerkte nach Verlesung des Antrages durch den Synodalen Herrmann allgemeinen Beifall.²⁰

In der sich nun anschließenden Debatte über den Antrag meldete sich zunächst der Synodale Gorenflos²¹ zu Wort. Gorenflos, der auch Mitglied des Vorstandes der Evangelischen Akademikerschaft Badens war – von wo aus ja der Anstoß zur Debatte um den Vietnamkrieg gekommen war – begrüßte zunächst die Ankündigung einer Hilfsaktion durch die Badische Landeskirche. Dann aber warnte er die Synodalen eindringlich vor einem Missverständnis: *Es könnte nämlich heißen, ihr laßt die Gesellschaftsordnungen, aus denen diese furchtbaren Kriege hervorgehen, bestehen. Ihr wollt mit diesen Opfern nur euren inneren Frieden, wollt nur euer gutes Gewissen.*

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., 73.

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Gottfried Gorenflos, Oberstudienrat und Pfarrer im Schuldienst, vertrat den Kirchenbezirk Emmendingen.

*Ja, so könnte gesagt werden, ihr legitimiert, ihr zementiert geradezu mit euren Opfern das Geschehene, etwa in dem Sinne, laßt sie ruhig schießen, wir opfern in jedem Fall weiter.*²²

Auch der Synodale Siegfried Müller²³ kritisierte die Vorlage, besonders den mangelnden Mut im Wortlaut des Antrags, das Unrecht, das derzeit geschehe, auch beim Namen zu nennen: *Ich bin aber nicht befriedigt von dem Punkt IV [...], in dem gesagt wurde, daß die finanzielle Hilfe eine Bekräftigung des Wortes durch die Tat sein soll. Mir fehlt, offen gestanden, das Wort bei unserer Entscheidung heute doch.*²⁴ Das Synodenprotokoll vermerkte auf diese Bemerkung Müllers Beifall der Synode. Müller, der ebenfalls Vorstandsmitglied der Evangelischen Akademikerschaft Badens war, kritisierte, dass die Intention des ursprünglichen Antrages, den die Akademikerschaft Badens eingebracht hatte, in keiner Weise durch die Synodalerklärung aufgenommen werde. Er bemängelte die fehlende Bereitschaft der Synode, ein eigenes Wort der Badischen Landeskirche zum Vietnamkrieg zu veröffentlichen, besonders störte sich Müller an dem vorgeschlagenen Ausdruck „Deklaration“ statt „Wort“:

*Wir entwerten damit alles, was etwa der Rat der EKD oder andere Synoden, die sich wirklich ernste Sorgen gemacht haben, als Worte verfaßt haben [...]. Wir entwerten bedauerlicherweise alle Arbeit, die z.B. die Kammer für öffentliche Ordnung geleistet hat und noch weiter leistet.*²⁵

Müller forderte, die Synode solle sich das Wort des badischen Landesbischofs Heidland zum vorausgegangenen Karfreitag zu eigen machen. Auch er warnte wie vor ihm bereits der Synodale Gorenflos vor dem möglicherweise in der Öffentlichkeit entstehenden Eindruck, die Badische Landeskirche versuche sich durch Geldleistungen um ein klares Wort gegen den Vietnamkrieg herumzudrücken: *Denn, wenn das der Fall wäre, daß wir, weil wir den Mut oder die Besinnung zu einem Wort nicht haben oder gar grundsätzlich von dem Wort nicht viel halten, dann würden wir in der Tat, auch wenn wir statt 100.000 DM eine Million jetzt opfern würden, einen Rückschritt machen gegenüber der Entwicklung, die in der Wahrnehmung der politischen Verantwortung unserer Evangelischen Kirche in Deutschland angefangen hat.*²⁶

Müller kritisierte ein Schweigen der Landeskirche zu Vietnam als einen objektiven Rückschritt gegenüber der sich formierenden politischen Wächterrolle, die die EKD für sich in Anspruch nahm, etwa bei der Vertriebendenschrift von 1965, die ein ganz entscheidender Anstoß für die neu beginnende Ost- und Friedenspolitik werden sollte.

Er erwähnte in diesem Zusammenhang den US-amerikanischen Botschafter in Bonn, der im November 1966 die Bundesrepublik dafür gelobt hatte, dass kein anderes Land den USA mehr Hilfe zur Verfügung gestellt und mehr Verständnis für die US-Politik in Vietnam gezeigt habe als eben Westdeutschland. Diese deutsche Unterstützung und moralische Rechtfertigung des Vietnamkrieges sei ein inzwischen unentschuldbarer und unbedingt zu korrigierender Vorgang. Hier müsse die Kirche zum Sprachrohr öffentlicher Kritik werden. *Daß wir caritativ tätig sind, erwartet sowieso*

²² Landessynode April 1968, 74.

²³ Siegfried Müller, damals Oberstudienrat, vertrat den Kirchenbezirk Heidelberg.

²⁴ Landessynode April 1968, 74.

²⁵ Ebd. Zum Gebrauch der Ausdrücke „Denkschrift“ und „Wort“ vgl. Wolfgang Huber, Vom „Wort“ zur „Denkschrift“, in: Ders., Kirche und Öffentlichkeit, Stuttgart 1973, 580–586.

²⁶ Landessynode April 1968, 75.

*jeder von uns. Aber ich glaube, es ist nicht falsch gesehen, daß auch ein befreiendes Wort erwartet wird, das vielleicht zunächst unangenehm ist, aber dann doch befreit.*²⁷

Die Gegenrede auf Müllers leidenschaftliches Plädoyer für ein Wort der Kirche zum Vietnamkrieg hielt der Synodale Schneider.²⁸ Er kritisierte vehement die von den Synodalen Gorenflös und Müller aufgestellte Behauptung, die Synode wolle sich ihr Schweigen zum Unrecht des Vietnamkrieges quasi durch finanzielle Hilfe „erkaufen“. Er befürchtete negative Folgen, wenn diese Äußerungen aus der Synode an die Öffentlichkeit dringen würden.²⁹ Auch der Synodale Höfflin – er war Bürgermeister von Denzlingen und saß für die CDU als Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag – begrüßte ausdrücklich den Vorschlag des Rechtsausschusses, dass die Synode kein eigenes „Wort“ verabschieden sollte.³⁰ Im Gespräch mit dem Verf. vertrat Höfflin die Auffassung, dass es damals nicht richtig gewesen sei, ein derart brisantes politisches Thema wie den Vietnamkrieg auf der Landessynode zu diskutieren.³¹

Der Synodale Sick³² mahnte im Gegensatz dazu, dass nach seiner Auffassung Wort und Tat zusammengehören sollten, gerade im Bereich der reformatorischen Kirchen sei dieser Zusammenhang unaufgebbbar: *Wir nennen uns selbst eine Kirche des Wortes und wissen, daß das Wort und die Tat der Liebe zusammengehören. Wenn wir aber nun schreiben „Statt einer kirchlichen Erklärung“, ist das gerade ein Verzicht auf die entscheidende Funktion, die eine Synode der Kirche in einer solchen Situation auszuüben hat.*³³ Sick verwies außerdem darauf, dass die Antragsteller keine Einzelfälle seien, sondern dass aus den Gemeinden immer stärker zu hören sei, dass die Kirche zum Vietnamkrieg nicht länger schweigen dürfe.

Auch der Synodale Nübling³⁴ plädierte für ein deutlicheres Wort der Synode. In ihm sollte auf jeden Fall die Forderung nach einem Ende der Gewalttätigkeiten in Vietnam gefordert werden. Der Synodale Feil³⁵ lehnte es kategorisch ab, von einer Mitschuld der Bonner Regierung am Vietnamkrieg zu reden, die Synode sei dazu nicht in der Lage, *weil wir die Zusammenhänge wohl zu wenig kennen. Es steht uns nicht an, daß wir uns hier als Ankläger aufspielen und von der Schuld der Bonner Regierung sprechen.*³⁶ Stattdessen forderte Feil, die Synode solle ein Schuldwort ablegen, dass sie selbst zu den Vorgängen in Vietnam so lange geschwiegen habe. Diese Forderung formulierte er im späteren Verlauf der Synodaltagung noch zu einem Antrag: *Wir bekennen uns schuldig, daß wir zu den Ereignissen in Vietnam und zu den Gewalttätigkeiten in anderen Teilen der Welt bisher geschwiegen haben.*³⁷ Auch

²⁷ Ebd.

²⁸ Bürgermeister i.R. Hermann Schneider vertrat den Kirchenbezirk Konstanz.

²⁹ Vgl. Landessynode April 1968, 76.

³⁰ Vgl. ebd. Der Synodale Albert Höfflin (geb.1925) war von 1954–1972 Bürgermeister der Gemeinde Denzlingen und vertrat den Kirchenbezirk Emmendingen in der Landessynode.

³¹ Gespräch mit dem Verf. am 2.2.2010.

³² Hansjörg Sick (geb.1924), zuletzt Mitglied des Oberkirchenrats, vertrat damals als Pfarrer den Kirchenbezirk Mannheim.

³³ Landessynode April 1968, 77.

³⁴ Gustav Nübling (geb.1924), Pfarrer in Hauingen, vertrat den Kirchenbezirk Lörrach.

³⁵ Dekan Helmut Feil vertrat den Kirchenbezirk Bretten/Pforzheim-Land.

³⁶ Landessynode April 1968, 78.

³⁷ Ebd., 80.

der Heidelberger Theologieprofessor Walther Eisinger plädierte für eine Verbindung von Wort und Aktion.³⁸

Der frühere Präses der EKD-Synode Constantin Freiherr von Dietze³⁹ sprach sich gegen den Antrag Nübling aus, dass die Synode ein Ende des Vietnam-Krieges fordern solle. Dietze erinnerte vor allem an die seiner Meinung nach gewichtigen Veränderungen, die seit Ende März 1968 eingetreten seien – die Ankündigung des US-Präsidenten Johnson, auf eine Wiederwahl im November 1968 zu verzichten und die Reduzierung der US-amerikanischen Bombenschläge gegen Nordvietnam.⁴⁰ Synodalerklärungen dürften nicht dazu beitragen, dass die schwere Verantwortung, die Politik und Politiker trügen, in Zweifel gezogen würden. Ein Wort gegen den Vietnamkrieg würde in der gegenwärtigen Situation politischen Schaden anrichten.⁴¹

Der Synodale Höfflin kritisierte, dass man zu sehr die beunruhigte Jugend in den Mittelpunkt der Überlegungen stelle: *Es gibt sicherlich einen großen Teil unserer Jugend, der [...] beunruhigt ist, aber es gibt in unserer Jugend eine militante Gruppe, die diese Unruhe ausnützt, um die Jugend zu verführen. Wenn wir wie hier beantragt beschließen, liefern wir geistige Waffen an diejenigen, die nicht Frieden und Gerechtigkeit und Freiheit, sondern die Beseitigung unserer Gesellschaftsordnung wollen [...].*⁴² Damit war erstmals durch einen Synodalen das Gespenst einer fundamentalen geistig-moralischen Auseinandersetzung mit möglicherweise sogar bürgerkriegsähnliche Szenarien in die Debatte eingebracht worden – ein für die Geschichte der Badischen Landessynode äußerst ungewöhnlicher Vorgang.

Auch der Synodale Götsching⁴³ kritisierte die Absicht, eine Erklärung zum Vietnamkrieg zu verabschieden: *Wir sollten Abstand nehmen von Erklärungen, die man nicht so ganz in der Hand hat. Ich möchte auch sagen: es geht zu weit, sich schuldig zu bekennen, weil wir über Vietnam geschwiegen hätten. (Zuruf: sehr richtig!) Wir sollten sehen, wo der Unfriede eigentlich steckt. Wir haben den Unfrieden in unseren Familien, wir haben ihn in unseren Gemeinden. Dort sollten wir ihn zunächst einmal sehen!*⁴⁴

Der Heidelberger Theologieprofessor Peter Brunner⁴⁵ wollte auf keinen Fall eine konkrete Nennung des Vietnamkrieges in der Synodalerklärung, er plädierte für eine allgemein gehaltene Formulierung: *Die gesamte Weltlage nötigt uns, noch dringlicher als bisher in Verantwortung für die Zukunft der Menschheit die Sorge um den Weltfrieden ernst zu nehmen.* Auch war Brunner – offensichtlich durch negative Erfahrungen mit rebellierenden Studenten an der Heidelberg Universität geprägt – nicht bereit,

³⁸ Vgl. ebd., 78. Walther Eisinger (geb.1928) vertrat als berufenes Mitglied die theologische Fakultät der Universität Heidelberg auf der Landessynode.

³⁹ Constantin von Dietze (1891–1973) war als Freiburger Universitätsprofessor berufenes Mitglied der Landessynode. Während des Krieges gehörte er dem oppositionellen „Freiburger Kreis“ an und war nach dem 20.7.1944 in KZ-Haft, von 1955–61 war er als Nachfolger Heinemanns Präses der EKD-Synode.

⁴⁰ S. oben.

⁴¹ Vgl. Landessynode April 1968, 79.

⁴² Ebd.

⁴³ Der Synodale Christian Götsching, von Beruf Regierungsmedizinaldirektor, vertrat den Kirchenbezirk Freiburg in der Landessynode.

⁴⁴ Landessynode April 1968, 80.

⁴⁵ Peter Brunner (1900–1981), während der NS-Diktatur Mitarbeit in der Bekennenden Kirche, mehrfach inhaftiert, u.a. KZ Dachau, war von 1947–1968 Professor für Dogmatik in Heidelberg. Er vertrat als berufenes Mitglied die Heidelberger Theologische Fakultät auf der Landessynode.

in der Erklärung auch die Sorge der Jugend um den Krieg in Vietnam einzubeziehen: *Ich könnte für meine Person aus Gründen, die ich gern, wenn es gewünscht wird, angebe, auf keinen Fall dem Satz zusprechen, daß wir uns mit jener Jugend, von der hier auch sehr unbestimmt die Rede ist, einsetzen für eine bessere Verwirklichung jener Ziele. Hier müßte zuvor ganz gründlich durchberaten werden, welche Implikationen in diesem Satz liegen.*⁴⁶

Der ebenfalls aus Heidelberg stammende Synodale Hans Blesken⁴⁷ schloss sich dem Votum Brunners an und verstärkte dessen kritische Haltung gegenüber der Studentenschaft durch die Wiedergabe eigener Erfahrungen vor der Synode: *Ich habe nun wirklich in Heidelberg ausreichend Vietnam-Kundgebungen erlebt. Darunter war wohl nicht eine und nicht ein Flugblatt, in dem nicht der Sieg des Vietkong proklamiert wurde mit entsprechenden Fahnen und Bildern. Wir aber wollen uns ausdrücklich gegen die Gewalt erklären.*⁴⁸

Um mehr Verständnis für die protestierende Jugend warb dagegen der Synodale Günther.⁴⁹ Er beklagte zunächst die Heftigkeit der Debatte, am Morgen habe man noch im Fürbittengebet um die richtige Wortwahl und ein gutes Miteinander auf der Synode gebetet, in der Debatte selbst sei davon keine Rede mehr gewesen. Dann appellierte er an die ältere Generation, die Anliegen der Jugend ernst zu nehmen: *Wenn es uns nicht gelingt, der Jugend einen Vorschuß an Vertrauen entgegenzubringen, dann sind alle Versuche der Landessynodalen zu einem Wort des Friedens in der Welt von vornherein zum Bankrott verurteilt (Beifall).*⁵⁰ Der Synodale Häffner widersprach der Aussage, dass die Badische Kirche bisher zu Vietnam geschwiegen habe, gerade in der zurückliegenden Karwoche habe es sehr gute Empfehlungen des Landesbischofs für Kollektengebete und Fürbitten mit ausdrücklichem Bezug zu Vietnam gegeben.⁵¹

Im weiteren Verlauf der Diskussion regte der Synodale Frank⁵² an, sich an das Wort der württembergischen Landessynode vom 27. März 1968 anzuschließen.⁵³ Prälat Bornhäuser wandte sich gegen die Bestrebungen auf der Synode, überhaupt kein Wort an die aufbegehrende Jugend zu richten. Er zitierte ausführlich aus dem Schreiben seines Sohnes, des Vikars Christoph Bornhäuser an die Synode, in dem für Verständnis für die Opposition der Jugend gegen den Vietnamkrieg geworben wurde, in dem die Jugend aber auch zur Differenzierung aufgefordert wurde – sie sollte sich bei ihrem Protest nicht leichtfertig ideologisieren und fanatisieren lassen.⁵⁴

Nach über 32 Wortbeiträgen beendete Synodenpräsident Wilhelm Angelberger die Debatte über eine Stellungnahme zum Vietnamkrieg und schlug vor, dass der Rechtsausschuss sich in einer weiteren Sitzung mit einer Neuformulierung des Wortes beschäftigen sollte. Am Abend trat dann die Synode erneut zusammen, um nach

⁴⁶ Landessynode April 1968, 80.

⁴⁷ Hans Blesken, Mitarbeiter der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Deutsches Rechtswörterbuch), vertrat den Kirchenbezirk Heidelberg auf der Landessynode.

⁴⁸ Landessynode April 1968, 80. Bleskens Votum wurde von Zwischenrufen unterbrochen und Synodenpräsident Angelberger musste mehrere Synodale zur Ordnung rufen.

⁴⁹ Schulrat Hermann Günther vertrat den Kirchenbezirk Müllheim auf der Landessynode.

⁵⁰ Landessynode April 1968, 81.

⁵¹ Vgl. ebd. Pfarrer Fritz Häffner aus Schönau bei Heidelberg vertrat den Kirchenbezirk Ladenburg-Weinheim.

⁵² Pfarrer Albert Frank aus Donaueschingen vertrat den Kirchenbezirk Hornberg.

⁵³ Vgl. Anm. 7.

⁵⁴ Vgl. Landessynode April 1968, 82.

kurzer Debatte und einigen Korrekturen der nun vom Rechtsausschuss vorgelegten Formulierung zuzustimmen. Die Zustimmung erfolgte einstimmig und unter großem Beifall. Die von der Badischen Landessynode verabschiedete Erklärung zum Vietnamkrieg hatte nun folgenden Wortlaut:

In Übereinstimmung mit den ökumenischen und weiteren kirchlichen Erklärungen weiß sich die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden allen Menschen verbunden, die ein Ende der Gewalttätigkeit in Vietnam und anderen Teilen der Erde herbeisehnen und mit Gebet und Tat für dieses Ziel eintreten. Die gesamte Weltlage nötigt uns, noch dringender als bisher in Verantwortung für die Zukunft der Menschheit die Sorge um den Weltfrieden ernst zu nehmen. Wir teilen die Unruhe derer, die von dieser Sorge umgetrieben werden. Wir wollen mehr tun, als wir bisher getan haben, um Opfern der Gewalttätigkeit zu helfen. Wir bekräftigen dies damit, daß unsere Landeskirche einen ersten Betrag von 100.000 DM zur Verfügung stellt, und bitten alle Glieder unserer Landeskirche, eine regelmäßige Spende in angemessener Höhe auf das Konto des Diakonischen Werkes [...] oder an das zuständige Pfarramt als „Hilfe für Opfer der Gewalt in der Welt“ zu leisten.

Sie beauftragt das Diakonische Werk unserer Kirche, diesen Betrag in Zusammenarbeit mit einem zu bildenden Synodalausschuß nach Bedarf gezielt zu verwenden. Zugleich beauftragt sie das Diakonische Werk vorzubereiten, daß geeignete Helfer an Brennpunkten der Not von unserer Landeskirche entsandt werden können.

Die Landessynode bittet darüber hinaus die Pfarrer und Gemeinden, das Informationsmaterial zu nützen, das ihnen der Evangelische Oberkirchenrat über die Fragen von Krieg und Frieden und über die Konflikte in der Welt regelmäßig zukommen läßt. Die Landessynode bittet schließlich den Evangelischen Oberkirchenrat, in der „Handreichung“ Hinweise auf aktuelle Konfliktsituationen und entsprechende Empfehlungen für Fürbitten zu veröffentlichen, die in das Hauptgebet aufgenommen werden können.⁵⁵

Die hier beschlossene Hilfsmaßnahme für Vietnam spielte bei kommenden Verhandlungen der Landessynode immer wieder eine Rolle, eine vergleichbare Debatte wie die vom April 1968 fand aber nie mehr statt. Am Ende des Vietnamkrieges im April 1975, als das Flüchtlingselend dort einem neuen Höhepunkt entgegenstrebte, beschäftigte sich die Landessynode noch einmal mit dem bisher durch badische Hilfsgelder in Vietnam geleisteten Maßnahmen – dazu gehörte der Aufbau eines Waisenhauses in Südvietnam und die Ausstattung einer Klinik in Nordvietnam.⁵⁶

⁵⁵ Landessynode April 1968, 87.

⁵⁶ Vgl. Verhandlungen der Evangelischen Landessynode in Baden. Ordentliche Tagung vom 6. bis 11. April 1975 (7. Tagung der 1972 gewählten Landessynode), Karlsruhe 1975, 18 und 97.